

Pulsnitzer Tageblatt

Druckerei 18. Tel.-Nr.: Lageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Post, Pilsener und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Masse's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Breditz, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Sub. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 265

Sonnabend, den 13. November 1926

78. Jahrgang

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Amtlicher Teil.

Die Maul- und Klauenseuche unter dem Klauenviehbestande des Rittergutes
Ohorn ist erloschen. Die mit Bekanntmachung vom 12. 10. 26 angeordneten Sperrmaßnahmen
werden aufgehoben. An der mit Bekanntmachung vom 30. 10. 26 festgesetzten Schutzzone wird
hierdurch jedoch nichts geändert.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 13. November 1926.

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Bürger heraus!

Wahrt morgen Eure Rechte! Erfüllt Eure Pflicht!

Wählt geschlossen Liste Beyer, Feld 1 ankreuzen!

Keine Stimme den Sozialdemokraten!

Das Wichtigste

In Paris haben Verhandlungen über Aufhebung der Militärkontrolle
begonnen. Der Oberstaatsanwalt legte gegen das letzte Landsberger Urteil Revi-
sion ein.
In Berlin wurde ein Millionenschwindel aufgedeckt; die Gauner wurden
verhaftet.
Die französische Kammer hat heute mit 365 gegen 207 Stimmen der
Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Erst nach Erledigung des
Budgets werden die Interpellationen zur Sprache kommen.
Der Reichstag verabschiedete in zweiter und dritter Lesung das vorläu-
fige Handelsabkommen mit Finnland und den Vertrag zur Regelung
der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland.
Das englische Unterhaus hat heute das Elektrizitätsgesetz in dritter Le-
sung mit 201 gegen 70 Stimmen angenommen. Damit ist die
Zentralisierung der englischen Elektrizitätswirtschaft erreicht worden.
Geplant ist die erste radiotelegraphische Verbindung unter Ausnutzung
von Kurzwellen in Längen von 32 bis 35 Metern zwischen Cua-
bor und Italien mit gutem Erfolg durchgeführt worden.
Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages tritt heute vor der Wenar-
gung zusammen, um den Gesetzentwurf über den Austausch deut-
scher und skandinavischer Industriezeugnisse zu behandeln.
Nachrichten aus Peking besagen, daß Marschall Wupeifu den Oberbe-
fehl über seine Truppen niedergelegt habe. Andererseits bestätigt
es sich, daß Wellington Koo, der bisherige Ministerpräsident demis-
sioniert hat. Er wird vorläufig seine Amtsgeschäfte noch fortführen.

Berthige und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Der Beethoven-Abend) am Mon-
tagabend im Schützenhaus, veranstaltet vom Volkshilfsverei-
n wird von den Dresdner Künstlern Herbert Trantow
(Klavier), Paul Bormann (Geige) und Bernhard Günther
(Cello) ausgeführt. Sie sind bekannt durch ihre Mitwirkung
in den Konzerten für neue Musik, die Paul Aron in Dres-
den veranstaltet. Von Herbert Trantow sind dort wieder-
holt eigene Kompositionen aufgeführt worden. Paul Bormann
und Bernhard Günther haben vor einigen Tagen in Dresden
Werke des berühmtesten der jüngeren deutschen Komponisten,
Paul Hindemith, des Schöpfers der Oper Cardillac, in Ge-
genwart des Komponisten aufgeführt. In Pulsnitz bringen
die drei Künstler vier der schönsten Kammermusikwerke Bee-
thovens: zwei Trios für Klavier, Geige und Cello
darunter das berühmte Geistertrio, eine Sonate für Cello
und Klavier und eine für Geige und Klavier, Werke, deren
unvergängliche Schönheit jedem Musikliebenden verständlich ist.

Der Kampf um die Aufhebung der Militär-Kontrolle

Die Vorstufe zur großen Koalition — Amerikas Politik und Europa — Mussolini gegen
Deutschland

Frankreich fordert Aufrechterhaltung der Kontrolle im Rheinland

Paris. Die Botschafterkonferenz trat zu einer Sitzung
zusammen. Gegenstand der Beratungen der Botschafterkon-
ferenz ist die Frage der deutschen Entwaffnung und der
Zurückziehung der Interalliierten Kontrollkommission und
ihre Ersetzung durch Kontrollorgane des Völkerbundes. In
unterrichteten Kreisen glaubt man allerdings nicht, daß die
Botschafterkonferenz zu endgültigen Beschlüssen kommen
wird.

Wie zur Frage der Militärkontrolle aus gut unterrichteter
Quelle verlautet, konnte insofern an den maßgebenden
Stellen eine Übereinstimmung erzielt werden, als nach Ab-
berufung der Interalliierten Kontrollkommission

nicht ein ständiges Kontrollorgan des Völkerbundes

eingerichtet werden soll. Das würde nicht nur dem deutschen
Standpunkt entsprechen, sondern auch in Einklang mit dem
Versailler Friedensvertrag stehen. Bekanntlich bemüht sich
Frankreich, Deutschland auch nach Aufhebung der Inter-
alliierten Kontrollkommission ständig überwachen zu lassen.
In Artikel 213 des Friedensvertrages sind aber die Rechte
des Völkerbundes genau umrissen und festgelegt, daß die
entmilitarisierte Rheinlandzone nicht
unter ständiger Kontrolle zu stehen habe. Man
soll sich in diesen Fragen dahin geemigt haben, daß die
Kontrolle nur von Fall zu Fall statt-
zufinden habe, wenn von einem Mitglied des Völker-
bundes oder einem Nachbar Deutschlands die Aufmerksamkeit
des Völkerbundes auf Verfehlungen Deutschlands gelenkt
werde und der Rat mit Stimmeneinheit der Anschauung
beitrete, daß Verfehlungen zu befürchten seien.

In der Frage der Kontrolle der entmilitarisierten Zone
gehen die Meinungen am weitesten auseinander. Dem
französischen Standpunkt, daß nach der Räumung des
Rheinlandes in der entmilitarisierten Zone ein ständiges
Kontrollorgan bestehen bleiben muß, steht die Auffassung
der englischen Kreise gegenüber, daß nur von Zeit zu Zeit
eine unangemeldete Kontrolle stattfinden hätte, die der
Untersuchung gelte, ob Deutschland in der entmilitarier-

ten Zone keine militärischen Anlagen oder Organisationen
unterhalte.

England setzt sich besonders energisch für die Abberufung
der Interalliierten Kontrollkommission ein, auch der Wider-
stand der französischen Militärs scheint angesichts der eng-
lischen Haltung schwächer zu werden. Es wäre aber ver-
frühter Optimismus, glauben zu wollen, daß dieser für
Deutschland bedeutungsvolle Fragenkomplex noch in diesem
Jahre bereinigt werde. Es wird immer deutlicher, daß man
an amtlichen französischen Stellen eine
Verschleppungspolitik zu treiben sucht. Auf
das bestimmteste wird in unterrichteten Kreisen auch be-
hauptet, daß Briand zögere, einer baldigen Rückberufung
der Militärkommission zuzustimmen, um sich nicht den An-
griffen der französischen Nationalisten auszusetzen. Der
Meinungsaustausch zwischen England und Frankreich über
diese Fragen geht weiter.

Die Vorstufe zur Großen Koalition.

Einigung mit den Sozialdemokraten über
die Krisenfürsorge.

Berlin. In den Verhandlungen über die Erwerbs-
losenfürsorge zwischen dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen
Ausschusses und den sozialdemokratischen Vertretern ist eine
dahingehende Einigung durch Einigekommen den sozial-
demokratischen Forderungen gegenüber erzielt worden, daß
im wesentlichen bestimmt wird, daß die Krisenfürsorge, die
nach der Erwerbslosenfürsorge von 52 Wochen eintreten soll,
auch denjenigen Erwerbslosen gewährt werden soll, die in-
der Zeit vom 1. April 1926 bis zum Inkrafttreten des jetzigen
Gesetzes mit Ablauf der gesetzlichen Unterstützungsdauer
aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden sind.

In der erzielten Einigung über die Krisenfürsorge ist
noch vorgesehen, daß auch solche nach dem 1. April 1926 aus-
gesteuerte Erwerbslose, die seitdem nicht laufend von der
öffentlichen Fürsorge unterstützt sind, auf Antrag in die
Krisenfürsorge aufgenommen werden sollen. Ferner ist den
Sozialdemokraten eine Zusage gemacht worden, daß ein Härte-
paragraph in das Gesetz aufgenommen werden soll, zugunsten
von Arbeitern in Industrien, die von der Erwerbslosigkeit

